

Münchener Sicherheitskonferenz verändern!



Unsere Vision ist eine Münchener Konferenz für Friedenspolitik
Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy

Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 18 • Februar 2023

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, seit unserer letzten Ausgabe zur MSC 2022 hat sich die Welt verändert: Ein irrsinniger, furchtbarer Krieg tobt in der Ukraine, der immer weiter eskaliert. Statt Waffenstillstand, statt Verhandlungen, werden immer schwerere Waffen an die Ukraine geliefert, angefeuert durch die Medien (→S.15), durch eine Politik der Kriegs- und Sicherheitslogik der NATO, der Ukraine und Russlands, eine Logik die auch auf der MSC vorherrschen wird (→S.1 u.3). Was sind das für blinde Flecken der Wahrnehmung (→S.4), die neues Denken einer Sicherheit (→S.11 u.12) verhindern, sodass niemand ernsthaft analysiert, wie dieser Krieg entstanden ist, denn nur dann kann er auch beendet werden, um eine neue Friedensarchitektur (→S.1 u.14) zu entwickeln. Dafür brauchen wir Friedenskonferenzen wie Helsinki (→S.6), aber keine neue Friedensethik (→S.7), noch immer gilt uneingeschränkt „Du sollst nicht töten“. Deshalb rufen wir auf zur Demonstration gegen die Kriegslogik am 18.2.23 (→S.9), gegen noch immer vorherrschendes imperiales Denken und Neokolonialismus (→S.5) und für die Verwirklichung eines gemeinsamen Hauses Europa (→S.1). Statt gigantischer Aufrüstung müssten verstärkt zivile Friedenskräfte aufgebaut werden (→S.8), um einen Friedensplan für Europa (→ S.14) zu entwickeln und Konflikte präventiv zivil zu bearbeiten. Interessante Artikel hierzu von unseren Autor*innen, die sich über kritische Anmerkungen freuen!

Erwin Schelbert

Das kleine Portrait: **Holger Rothbauer**



2022 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet, kämpft er als **Menschen-**

rechtsanwalt seit langem gegen illegale Rüstungsexporte. Er ist Mitinitiator der „Aktion Aufschrei“, gibt einen alternativen Rüstungsexportbericht heraus, deckt dabei illegalen Waffenexport auf und klagt vor Gericht gegen die Verstöße.

Mit seinem Einsatz für eine wirksame Rüstungsexportkontrolle will er die Öffentlichkeit auf die Machenschaften der Rüstungsfirmen aufmerksam machen. Seine Reaktion: **„Ich fühle mich durch den Aachener Friedenspreis bestärkt, die jahrzehntelange Arbeit gegen Rüstungsexporte und die Geschäfte des Todes fortzuführen.“**

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 Haus Europa
- S.3 Gespräch Heusgen/ Beobachter
- S.4 4.Munich Peace Meeting
- S.5 Koloniale Mentalität
- S.6 Friedenskonferenzen Helsinki
- S.7 Zeitenwende Friedensethik
- S.8 Humanity first
- S.9 Aufruf zur Demonstration
- S.11 Sicherheit neu denken
- S.13 Die Waffen nieder—Aufruf
- S.14 Friedensplan für Europa
- S.15 Was Medien vorenthalten
- S.16 Projektziele—Termine

Das gemeinsame Haus Europa

Am 8. Dezember 2022 geschah etwas Ungewöhnliches: Bei einem öffentlichen Auftritt in Rom versagt **Papst Franziskus** die Stimme, er stockt und weint leise vor sich hin. Erst nach einigen langen Augenblicken kann er mit seiner Bitte um Frieden in der Ukraine fortfahren. Ist damit nicht eigentlich alles zur Katastrophe dieses Kriegs in Europa gesagt? Wie könnte die abgrundtiefe Trauer um so viele Verwundete, Verkrüppelte, Getötete, der bohrende Schmerz über zerstörte Häuser und ausradierte Heimat besser ausgedrückt werden?

„Jeder Krieg ist eine Niederlage der Menschheit“, schrieb der Papst an anderer Stelle. Bereits im Jahr 1795 hat I. Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ eine allgemeine Abrüstung und die Errichtung einer Internationalen Organisation gefordert. Nach dem 1. Weltkrieg wurde dies mit Gründung des Völkerbundes ansatzweise verwirklicht. Doch erst nach dem 2. Weltkrieg war der allgemeine Bewusstseinswandel soweit fortgeschritten, dass es mit den **Vereinten Nationen** erstmals auch zu einem allgemeinen Gewaltverbot kam – ein wesentlicher Schritt, um Krieg seine Selbstverständlichkeit als Mittel der Politik zu entziehen.

Auch am 18. Mai 2022 passierte etwas Eigenartiges. Bei einem Vortrag zum Ukraine-Krieg in Dallas unterläuft dem ehemaligen US-Präsidenten **G.W. Bush** ein peinlicher Versprecher. Er spricht über Russland, Putin und die „Entscheidung eines einzigen Mannes, eine vollkommen unrechtmäßige und brutale Invasion im Irak zu beginnen“. Sofort korrigiert er sich, „ich meine die Ukraine“, lacht etwas verlegen – „Irak – wie auch immer – fünfundsiebzig“, fährt er unter Anspielung auf sein Alter entschuldigend fort. Als Präsident hatte Bush 2003 – zwei Jahre nach dem islamistischen Terroranschlag auf das World Trade Center – den US-Angriff auf den Irak angeordnet. Mit ihrer Lüge, der Irak besäße Massenvernichtungswaffen, konnte die Bush-Regierung schon damals den UN-Sicherheitsrat nicht überzeugen – der US-Angriff fand trotzdem statt. „Das ist der Freud'sche Versprecher für die Ewigkeit“, wird auf Twitter Bushs unfreiwilliges Eingeständnis von Doppelmoral kommentiert.

In der Tat wird dem **Sicherheitsrat** in der UN-Charta „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ übertragen. Bewältigen soll er sie mit Hilfe von Rüstungsregelungen, Abrüstung, einem Generalstabsausschuss und verfügbaren Streitkräften. Artikel 51 gesteht „im Falle eines bewaffneten Angriffs ... das naturgegebene Recht zur individuellen oder kol-

Fortsetzung S. 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1:

„*lektiven Selbstverteidigung*“ zu, allerdings nur solange, „*bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.*“ Selbsternannte Weltpolizisten sind in der UN-Charta nicht vorgesehen.

Bald nach Unterzeichnung der UN-Charta im Juni 1945 verhinderten allerdings die Ost-West-Spannungen eine konstruktive Umsetzung. Unter Nutzung ihres – grundsätzlich realpolitisch sinnvollen – Vetorechts blockierten die Siegermächte des 2. Weltkriegs im Sicherheitsrat wechselseitig wichtige Entscheidungen. Erst **M. Gorbatschow**, letzter Präsident der Sowjetunion, brachte mit einseitigen Abrüstungsvorleistungen eine Spirale der Deeskalation in Gang, die zum Ende des Kalten Kriegs und der Überwindung des Eisernen Vorhangs in Europa führte. Endlich konnte die hochgefährliche Konfrontation zweier Atommächte entschärft werden. Freude und Erleichterung waren deutlich spürbar, nicht nur im bis dahin geteilten Berlin, sondern in ganz Deutschland, ja weltweit.

Auch Europa atmete auf. Für das „*Gemeinsame Haus Europa*“, zu dem Gorbatschow die Richtung gewiesen hatte, wurde im November 1990 mit der Verabschiedung der **Charta von Paris** der Grundstein gelegt. Statt nun jedoch entschlossen diese „Hausordnung für Europa“ gemeinsam und auf Augenhöhe mit Leben zu füllen, verfiel der Westen zunehmend in eine Siegermentalität. Die verbindende Freude über die Entschärfung der Atomkriegsgefahr wich der Arroganz eines alleinigen „*Siegers im Kalten Krieg*“. So schildert beispielsweise H.-E. Richter eine Zusammenkunft mit Gorbatschow am Vorabend des Angriffs auf den Irak: „*Nach allem Anschein war Gorbatschow an diesem 15. Januar 1991 tatsächlich noch uninformiert ... Er war kein Partner mehr, um dessen Placet man bitten musste.*“

Der ehemalige MSC-Leiter H. Teltschik hat 2019 in seinem Buch „*Russisches Roulette*“ die Entwicklungen, die zur Eiszeit zwischen Russland und dem Westen führten, sehr nachvollziehbar dargestellt. Diese Entfremdung beruht eben nicht nur auf innerrussischen Entwicklungen – vom Chaos der Jelzin-Jahre zu einer zunehmend autoritären Präsidentschaft Putins. Als Projektgruppe MSKv haben wir bei unseren Zusammenkünften mit Konferenzleiter Ischinger

und dem MSC-Team die Notwendigkeit einer Selbstkritik des Westens immer wieder thematisiert. Gerade die MSC, wo **W. Putin** schon 2007 enttäuscht seine Kritik der Politik des Westens („*Nichtbeachtung des Völkerrechts*“, „*NATO-Erweiterung*“) vorbrachte, hätte eine Plattform zur Verständigung sein können. Vielfach haben wir – leider vergeblich – Personen genannt, die auf der MSC vermittelnde Positionen hätten vortragen können. Im September

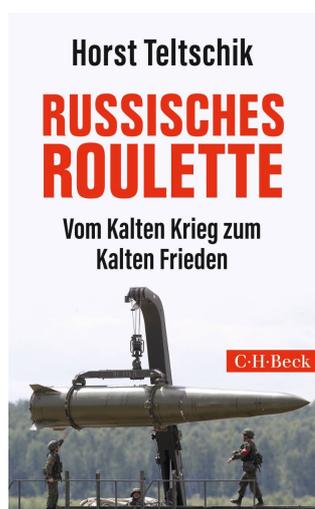
2016 schlugen wir z.B. Gorbatschow als Redner vor. Uns wurde entgegnet, dass auf der MSC nur amtierende Regierungsmitglieder sprechen.

Bereits 2021 wurde für die MSC, die pandemiebedingt zeitlich verkürzt im Videoformat stattfand, kein russischer Gast eingeplant. 2022 sagte **die russische Regierung** ihre Teilnahme, wenige Tage vor Beginn ihres völkerrechtswidrigen Angriffskriegs, ganz ab. Und 2023 ist die russische Regierung nun bei der MSC gar nicht mehr erwünscht. Stattdessen soll die russische Opposition dabei sein. Die Arbeit am Frieden muss aber nicht mit Gleichgesinnten, sondern vor allem mit schwierigen Partnern, mit Gegnern, ja gerade mit Feinden geleistet werden! Für die meisten aus der Generation meiner Großeltern, geboren um 1900, die zwei Weltkriege mit maßgeblicher deutscher Beteiligung erlebt und erlitten haben, war das deutsche „*Nie wieder Krieg*“ selbstverständlich. Dieses pazifistische Erbe müsste heute leidenschaftlich verwirklicht werden als Verantwortung für Friedensprozesse, als radikales Zuhören, als kreative Suche nach für alle Beteiligten konsensfähigen Lösungen.

Stattdessen wird nun eine „*Zeitenwende*“ propagiert, die nichts anders ist als ein Rückfall in die Zeiten des Dreißigjährigen Kriegs mit ihrer moralischen Selbstgewissheit. Wie schnell aus einer misstrauischen Sicherheitslogik eine unbarmherzige Kriegslogik werden kann, haben wir gerade eindrücklich erlebt. Als hätte diese **Kriegslogik** schon immer gegolten, muss sich nun rechtfertigen, wer wie Ex-Kanzlerin A. Merkel geduldig um Verständigung mit Putin bemüht war. Doch die Eskalation hin zum Krieg ist nicht zuletzt ein Zeichen der Resignation. Die Hoffnung, gemeinsam mit der anderen Seite Sicherheit schaffen zu können, ging verloren. Mir klingen die scharfen Worte von Außenministerin A. Baerbock im Januar 2022 im Ohr: „*Das ist nicht verhandelbar!*“ Allerdings spricht die OSZE-Charta (Istanbul 1999) nicht nur vom Recht auf freie Bündniswahl, auf das Baerbock sich bezog, sondern betont auch, dass die Staaten „*ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten festigen*“. Das hätte vorausgesetzt, die Ängste und Bedürfnisse aller Beteiligten – Osteuropas und Russlands – gleichwertig zu behandeln. So hätte gegenseitiges Vertrauen vielleicht eine Chance bekommen.

Doch wie lässt sich jetzt, wo jede Seite als Ziel nur noch den Sieg kennt, ein Ausweg aus der Kriegslogik finden? Krieg und Freund-Feind-Frontbildung bedingen sich gegenseitig. Wie ist es da möglich, die Komplexität und Vielschichtigkeit des Konflikts im Blick zu behalten? Kann die MSC dazu einen Beitrag leisten? Die neue MSC-Veranstaltungsreihe „*Zeitenwende*“ lässt befürchten, dass die MSC sich unter ihrem neuen Konferenzleiter **C. Heusgen** als Unternehmen versteht, das die deutsche Bevölkerung über die Notwendigkeit von Aufrüstung und Kriegsbereitschaft belehrt. Und Heusgen selbst hat sich bereits mehrfach als Propagandist massiverer Waffenlieferungen an die Ukraine profiliert. Grausame Zeiten für das gemeinsame Haus Europa!

Thomas Mohr, Vorsitzender MSKv



Beobachter*innen-Perspektive für die Sicherheitskonferenz 2023

Auch 2023 wieder Beobachterin: Anja Ufermann



Als Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation liegt ein Schwerpunkt meiner Beobachtung auf der Kommunikation sowie der Gestaltung der Kommunikationsräume: wie weit ermöglicht die Struktur und das Setting Dialog und das Entstehen neuer (gemeinsamer) Perspektiven? Dienen die Veranstaltungsformate dazu, ein besseres Verständnis für die Haltung des Gegenübers zu gewinnen oder bleibt es – wie in den Vorjahren – bei Debatte anstatt Zuhören und Diskurs? Inhaltlich interessiert mich die Ausgestaltung der MSC durch Botschafter Heusgen: was hat sich verändert? Welche (neuen) Schwerpunkte werden gesetzt? Dr. Franke hat angekündigt, dass Doppelstandards seitens des Westens kritisch hinterfragt werden. Zudem soll versucht werden, die Perspektiven der 38 Länder, die in der UN Vollversammlung bei der Verurteilung des russischen Einmarschs in die Ukraine entweder dagegen stimmten oder sich einhielten, besser zu verstehen. Ich bin gespannt, wie sich diese Aspekte auf der Konferenz wiederfinden.

Neu als Beobachter: Ralf Becker



Als Koordinator der Initiative Sicherheit neu denken möchte ich als Beobachter zunächst intensiv wahrnehmen – die Atmosphäre, die Energie, die Akteur*innen und ihre Art und Weise, sich im Raum der MSC zu bewegen und zu begegnen.

Für mich ist das die Voraussetzung und der Schlüssel, um Kommunikationsmöglichkeiten zu entdecken, die wir im Anschluss an die MSC schrittweise (weiter) entwickeln, auf- und ausbauen können.

Ich gehe zunächst in fragender Haltung in die MSC: Wie nehme ich mich selbst wahr in diesem Raum? Was zeigt sich mir? Welche Spielräume zeigen sich zur Gestaltung einer kooperativen Weltinnenpolitik? Wo und wie ist Begegnung auf Augenhöhe möglich, wo zeigen sich Chancen, im „great game“ die gewohnte Dominanzhaltung westlicher Akteur*innen loszulassen zugunsten einer Begegnung von Akteur*innen verschiedener Kulturkreise auf Augenhöhe? Wo und wie könnte die Wirksamkeit ziviler Sicherheitspolitik wahrnehmbar und erfahrbar werden? Welche Art von Begegnungsräumen ermöglicht den Auf- und Ausbau vertrauensvoller Beziehungen?

Nach dem Ausscheiden Wolfgang Ischingers konnte MSKv am 10.03.2022 ein **erstes Treffen mit dem neuen Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), Christoph Heusgen**, abhalten. Im Anschluss an eine kurze Vorstellung des Vereins verwiesen wir auf die Doppelgesichtigkeit der MSC: Trotz der Einladung von Staaten wie China und Iran sei die Konferenz sehr westlich orientiert. Kritisiert wurde von uns außerdem das vorwiegend militärische Verständnis von



Sicherheit im Allgemeinen sowie die Aussprache für Waffenlieferungen an die Ukraine im Besonderen. Botschafter Heusgen betonte, dass es ihm darum gehe, Konflikte auf der Basis internationalen Rechts zu lösen. Gleichzeitig müsse Deutschland mehr (militärische) Verantwortung übernehmen – auch im Krieg gegen die Ukraine: Nach dessen Verzicht auf Atomwaffen müsse man das Land nun schützen. Auf unsere kritische Frage hin, ob Waffenlieferungen den Krieg nicht lediglich verlängerten, gab sich Heusgen überzeugt von einem Sieg der Ukraine. Unsere Vorschläge für ein MSC-Side Event zum Konzept „Sicherheit neu denken“ und für einen Moderationsstil, der auf gegenseitigem Zuhören basiert, wurden leider mit wenig Begeisterung aufgenommen. Nach einer Bilanz des Munich Peace Meetings blieb unklar, inwiefern Vorschläge und Impulse bereits einen Weg in die Planung der MSC gefunden haben. Andererseits wurde uns zugesichert, dass weiterhin zwei MSKv-Beobachtende auf die Konferenz entsandt werden können und dass unsere Projektzeitung für die Teilnehmenden der MSC verlinkt wird. Auch einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung stand Botschafter Heusgen grundsätzlich offen gegenüber.



Alessia Neuner

4. MUNICH PEACE MEETING

Blinde Flecken beleuchten und integrieren für ein friedvolles Miteinander der Menschheit Was kann die Münchner Sicherheitskonferenz beitragen?

Als Organisator:innen des Munich Peace Meetings haben wir uns gefragt, wie es dazu kommt, dass Menschen im 21. Jahrhundert „Krieg führen“ noch als ein adäquates Mittel politischen Agierens betrachten und die weltweiten Rüstungsausgaben einen Rekordwert erreicht haben.

Wir machten uns auf die Suche nach unseren blinden Flecken – diesen kraftvollen Wirkmechanismen, die eine Weiterentwicklung in Richtung friedliches Miteinander erschweren oder gar verhindern. Am 07.10.2022 tauschten sich dazu rund 40 Vertreter:innen der Friedensbewegung, Friedenswissenschaft, Friedensarbeit mit dem Team der Münchner Sicherheitskonferenz aus und formulierten Impulse für die MSC 2023.

Ein Thema, dem wir uns im Plenum widmeten, war die „**Auswirkungen von transgenerationalen und kollektivem Trauma**“. Was hat es z.B. für (unbewusste) Auswirkungen auf mein Leben und meine Sicht auf die Welt, dass mein Großvater im ersten Weltkrieg gegen russische Soldaten kämpfte? Gibt es Scham- oder Schuldgefühle in mir, die mir einen klaren Blick auf die heutige russische Führung vernebeln? Transgenerationale und kollektive Traumata werden von Generation zu Generation weitergegeben. Die Wahrnehmung und das Handeln des/der Einzelnen und der Gruppen wird dadurch beeinflusst. Es braucht daher in Gesellschaft, Politik und Medien Trauma-Informiertheit und Trauma-Bewusstheit. Die MSC könnte sich z.B. mittels angeleiteten Großgruppenprozessen dieses Themas annehmen.

Im letzten Jahr habe ich ein Privileg entdeckt, nämlich, dass ich in bestimmten Bereichen meines Lebens die Konsequenzen meines Handelns nicht selbst trage, nicht selbst ausbaden muss. Das hat vorrangig etwas mit meinem Konsumverhalten zu tun und ich bin gefordert mich damit auseinanderzusetzen. Genauso gefordert sind die

*Man hat sich gefragt,
wo der Krieg sei,
was er Niederträchtiges an sich habe.
Und man entdeckt,
dass man weiß, wo er ist,
dass man ihn in sich trägt...*
Albert Camus, Tagebuch 1935 - 1942

westlichen Länder gegenüber Afrika die **Kolonialkontinuität** und den **Neokolonialismus** zu beenden und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu gestalten. Dies betrifft u.a. auch die Ausgestaltung der Handelsverträge. Die Globalisierung, wie wir sie kennen, ist an ihr Ende gekommen

ökonomisch, ökologisch und politisch. Laut Wolfgang Kessler benötigen wir daher neue Rahmenbedingungen für eine **faire und nachhaltige Globalisierung** (Umverteilung des Reichtums, Regionalisierung der Wirtschaft, Fairhandel statt Freihandel, Klimaschutz in allen Vereinbarungen sowie gerechte Lieferketten).

Als Frauen sind wir eingeladen unsere Qualitäten voll und ganz zu entfalten und die Konkurrenz untereinander aufzulösen und für Männer gilt es zu reflektieren, wo sie Frauen klein halten und ihnen mehr Raum gewähren können. Auf politischer Ebene geht es nicht nur um höhere Frauenanteile, sondern auch um ein Bekennen zu „**feministischen**“ **Prinzipien**. Dies gelingt aus Sicht von Victoria Scheyer u.a. durch neue Narrative über Sicherheit und Geschlechterrollen sowie eine geschlechtersensible Behandlung der Menschenrechte. Es gilt Betroffene, lokale NGO's und die feministische Zivilgesellschaft mit einzubeziehen und Beteiligungs- und Partizipationsräume zu schaffen.

Im privaten Raum darf ich schauen, welche Feindbilder ich in mir trage, wo ich in richtig und falsch denke und meine Werte als besser betrachte als die anderer. Im politischen Raum braucht es Ehrlichkeit, dass Außenpolitik immer auch **Interessenpolitik** ist. Die Postulierung einer wertegeliterten Außenpolitik verschleiert diesen Fakt und schürt Polarisierung in Richtung gute Demokratien und böse Autokratien. Davon ist unter anderem China betroffen. China hat sich zu einem ökonomisch-technologischen Konkurrenten entwickelt. Nach dem Scheitern der „Wandel durch Handel“-

Strategie sieht Prof. Dr. Heberer folgende neue Ansätze: Verantwortungsethik statt Gesinnungsethik, Dialogbereitschaft & Dialogkompetenz, sowie multiple Kommunikationsstrukturen. Nicht zuletzt sind wir aufgefordert, uns für eine **atomwaffenfreie Welt** einzusetzen. Ein Bekenntnis zu einer **kooperativen, multilateralen Weltordnung** und das Ende jeglicher Doppelmoral persönlich und politisch, schenkt Ausichten auf eine friedlichere Welt

Ein ausführlicher Bericht zum MPM findet sich auf unserer Webseite.



Koloniale Mentalität und Neokolonialismus als Ursache für Verschärfung von Konflikten

Seit dem Ende des Ost-Westkonfliktes erleiden viele ehemalige Kolonien weitere bewaffnete Konflikte, die nicht immer mit politischen Ideologien verbunden sind, sondern von Geopolitik und „Rohstoffsicherung“ abhängen. Besonders in afrikanischen Ländern führt die Jagd nach Ressourcen seitens der Industrieländer dazu, dass bewaffnete Konflikte „proviziert“ oder die existierenden Konflikte in Gang gehalten werden. Natürlich geschieht dies nicht ohne die Unterstützung von lokalen politischen Kräften und Kollaborateuren. Außerdem führen noch heute Negrophobie und Rassismus, genau wie in der Zeit der Versklavung der schwarzen Menschen zu einer Verschärfung der Konflikte und zu der Banalisierung ihrer Folgen.



Denkmal zur Erinnerung der Versklavung von den Schwarzen am damaligen Markt der versklavten Menschen in Savalou, Benin „Ein versklavter Mensch wird am Rücken mit einem glühenden Eisenstück markiert“.

Foto: Gbeognin Mickael HOUNGBEDJI, 2018

Das Interesse der Industrieländer und Schwellenländer für die Rohstoffe und Mineralien auf dem afrikanischen Kontinent nimmt immer mehr zu. In vielen Ländern herrschen weiterhin die kolonialen Strukturen in Form von Kolonialkontinuität und Neokolonialismus. Der Wettbewerb zwischen Ländern wie China, Russland, den europäischen Ländern, der Türkei und den USA um die Ressourcen auf dem Kontinent führt zu Konflikten (Brussels, 3.9.2020/COM, 2020). Die Mehrheit der Konflikte auf dem Kontinent wird als Bürgerkriege bezeichnet, obwohl sie tatsächlich Stellvertreterkriege sind. Wichtige Beispiele dafür sind die Biafra-Kriege, die Angola-Kriege und die Sudan-Kriege. Heute noch zeigen die Konflikte in Äthiopien, in Kongo oder in Mali, dass der Kampf um Ressourcen die wichtigste Motivation dieser Kriege ist (SIPRI databases). Aufgrund der Interessen der Industrieländer und Schwellenländer für die Ressourcen wie Coltan, Bauxit, Erdöl, Gas, Diamanten, Gold und anderen werden bewaffnete Konflikte „angezündet“ oder verschärft. Diese verschiedenen

Konflikte und ihre Folgen, die Millionen Tote verursachen, werden aufgrund der Negrophobie und des Rassismus verstärkt.

Negrophobie und Rassismus sind bereits in der Geschichte zu finden. Dies lässt sich unter anderem an der historischen Versklavung der schwarzen Menschen und in der Kolonialisierung veranschaulichen. Erklärung dafür ist, dass die Kolonialmächte die lokalen Bevölkerungen nicht als Menschen sahen, sondern als „Untermenschen“. Die Ziele und die Aufgaben dieser kolonialen Mächte waren es, die Orte für weiße Menschen bewohnbar zu machen und sich an den Ressourcen zu bedienen: Zivilisationsmissionen. (Pervillé Guy 1975, 349; Marmer 2013). Beispiel für diese Mentalität und ihre Folgen sind die Völkermorde an den Herero und Nama (1904-1908), die verschiedenen kolonialen „Pazifizierungs-“ und „Strafexpeditionen“ der Franzosen, Engländer, Deutschen, Portugiesen und Niederländer. In diesem kolonialen Prozess werden die Schwarzen als „Unter-Mensch“ betrachtet, deswegen erweckten die Ermordungen keine Emotion und Empathie. Diese Toten werden meistens als Kollateralschaden betrachtet. Wichtig für die kolonialen Mächte ist es, die Gebiete zu besetzen und sich die Ressourcen anzueignen (Schlafkrankheit-Patienten bei der Expedition 1905/06)¹). Es herrschen heute weiter diese Negrophobie und dieser Rassismus, wobei das Leiden, der Tod und die unmenschlichen Lebensbedingungen der Opfer nicht gesehen werden. Daher werden keine ernsthaften Maßnahmen getroffen, um die bewaffneten Konflikte zu beenden, sondern sie werden vielmehr verschärft, um Kontrolle und Ausbeutung der Ressourcen zu erleichtern. Die

aktuellen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent, wie in Kongo, Mali, Äthiopien und Tschad sind Beispiele für eine Mischung von Negrophobie, Rassismus und Wettbewerbe zwischen den Industrieländern um strategische Ressourcen.

¹)[<https://www.deutschlandfunk.de/menschenexperimente-robert-koch-und-die-verbrechen-von-100.html>].

Houngbedji, Gbeognin Mickael

Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS), Universität Bayreuth

Cluster of Excellence “Contestations of the Liberal Script (SCRIPTS)”, Freie Universität Berlin,

E-Mail:

mickael.houngbedji@hotmail.com



Wir brauchen Friedenskonferenzen in Helsinki

„Mach´ Dir keine Sorgen, Andrea“, sagte mein Kollege Andrej, ein ehemaliger russischer Luftwaffenoffizier, fröhlich zu mir am Morgen des 24. Februars 2022 im Büro der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Mariupol. „In drei oder vier Tagen ist alles vorbei. Mariupol und die Ukraine werden demilitarisiert und entnazifiziert sein und es wird wieder Ruhe einkehren.“



Aussenministerin Baerbock am 8. Februar 2022 in Mariupol

Ich war kurz zuvor in meiner Wohnung, zwei Kilometer vom Hafen entfernt, durch nahe Explosionen und klirrende Fensterscheiben geweckt worden.

Seit Dezember 2021 war ich als Beobachterin der OSZE zunächst im Gebiet der Bezirkshauptstadt **Donezk** täglich auf Patrouille und dann nach **Mariupol** versetzt worden.

Spätestens ab Januar 2022 mit der eskalierenden Zunahme von Waffenstillstandsverletzungen an der sogenannten „Kontaktlinie“, unserem „Arbeitsplatz“, war mir klar, dass Russland die Ukraine angreifen und es gerade in der strategisch wichtigen Hafenstadt Mariupol zu einem grausamen Häuserkampf kommen würde.

Die OSZE-Missionsleitung sowie die Bundesregierung hofften noch auf eine Verhandlungslösung mit Putin, während die Amerikaner und Briten ihr Personal aus Sicherheitsgründen bereits zehn Tage vor dem Angriff Russlands aus der Mission abgezogen hatten. Die Anspannung unter uns verbliebenen Beobachter*innen wuchs von Tag zu Tag. Am 25. Februar endlich bekamen wir grünes Licht zur Evakuierung: Mit einigen unserer ukrainischen Kolleg*innen samt deren Kindern und Haustieren fuhren wir in langen Konvois gepanzerter Wagen zwei Tage quer durch die Ukraine Richtung Chisinau in Moldawien. Ein wahrer Exodus. Nie wissend, was im nächsten Moment passieren würde. Nur wenige Tage später berichteten in Mariupol verbliebene ukrainische Kolleg*innen von zahllosen Toten, die die Wege um das OSZE-Büro säumten.

Trauriger Schlusspunkt der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine: Eine ukrainische Kollegin wurde bei einem Bombenangriff in Kharkiv getötet. Vier ukrainische Kollegen wurden von russischen Truppen verhaftet. Zwei von ihnen wurden aufgrund ihrer Tätigkeit für die OSZE wegen „Hochverrats“ zu zehn Jahren Haft verurteilt, die anderen beiden sind bis heute inhaftiert. Am 31. März 2022 **beendete Russland mit seinem Veto** die Arbeit der OSZE-Mission in der Ukraine.

Nun stellt sich die Frage: Was hat die **Arbeit der OSZE** seit ihrem Einsatz im Jahre 2014 tatsächlich gebracht? Konnte sie zu einer **friedlichen Lösung des Konflikts beitragen**, und wenn ja: Was?

Das **Mandat** der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine sah vor, dass 500 Mitarbeitende die Lage unparteiisch und objektiv beobachten, Fakten über Waffenstillstandsverletzungen ermitteln, darüber berichten und den Dialog zwischen den Konfliktparteien vor Ort fördern.

Dazu arbeiteten wir Beobachter*innen – bedauerlicherweise immer nur mit einem unzureichenden Kontingent von 200-250 Personen im Osten des Landes – mit Behörden auf allen Ebenen sowie mit der Zivilgesellschaft, ethnischen und religiösen Gruppen und lokalen Gemeinschaften zusammen. Wir überwachten nicht nur den Abzug schwerer Waffen nach dem Minsk-Abkommen, sondern auch örtlich und zeitlich begrenzte Waffenstillstandsvereinbarungen, damit zerstörte Infrastruktur wieder repariert und Millionen Men-

schen auf beiden Seiten wieder mit Wasser, Strom und Wärme versorgt werden konnten. Wir überwachten die „Grenzübergänge“ im Konfliktgebiet, damit Menschen ihre Verwandten auf der jeweils anderen Seite besuchen, an Familienfeierlichkeiten teilnehmen und ihre Sozialversicherungsleistungen in Empfang nehmen konnten.

Auf unseren Patrouillen, zu denen auch russische Staatsangehörige gehörten, sammelten wir Informationen, sicherten Fakten und sandten täglich einen Bericht nach Wien, dem Hauptsitz der OSZE, wo er auf der Webseite veröffentlicht wurde. Für alle einsehbar.

Nur - wer las unsere Berichte? Wer verfolgte die kleinen und größeren Erfolge – und auch Misserfolge – der sogenannten „Trilateralen Kontaktgruppe“, in der die OSZE gemeinsam mit Vertreter*innen der Ukraine und der Russischen Föderation nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts suchte? Wer beachtete unsere Menschenrechtsarbeit?

Viel zu selten wurden unsere Beobachtungen als Argumentations- oder gar als Entscheidungsgrundlage herangezogen.

An der Qualität unserer Arbeit kann es nicht gelegen haben. Woran aber dann? War unsere Mission in der Ukraine – wie einige sagten – zu einem Feigenblatt westlicher Friedenspolitik verkommen?

Tatsächlich hat die OSZE als Institution in den letzten 20 Jahren **an politischem Gewicht verloren**. Anders als Russland, das aus ihr eine „Mini-UN“ für alle sicherheitsrelevanten Fragen in Europa machen wollte, war dem Westen unter der Führung der USA die NATO wichtiger, er konzentrierte sich auf ihre Erweiterung im Osten anstatt auf eine inklusivere europäische Sicherheitsordnung und eine Stärkung der OSZE als wichtige gesamteuropäische Organisation. Mit der Folge, dass Russland jetzt nur noch bilateral mit den USA, dann mit der NATO und zuletzt innerhalb der OSZE verhandeln möchte.

Und das obwohl der **Werkzeugkasten der OSZE voll ist mit hilfreichen Mitteln:** Von Transparenzmaßnahmen, risikoreduzierenden Maßnahmen bis hin zu Vereinbarungen über militärische Manöver ist alles drin. Und noch viel mehr. Ein Blick in die Geschichte der OSZE zeigt, wie es ihr im Rahmen der **Helsinki-Konferenzen von 1973-1975 gelungen ist, in den kältesten Tagen des Kalten Krieges Vertrauen zu bilden und gemeinschaftlich Frieden in Europa zu sichern.**

Was nun?

Die **OSZE ist die einzige Sicherheitsorganisation**, in der alle auf Augenhöhe an einem Tisch sitzen, die für die **europäische Sicherheitsarchitektur** von Bedeutung sind. Sie ist im Kalten Krieg aus der Konfrontation entstanden und von Ländern gegründet worden, die – wie heute auch – sehr unterschiedliche Interessen hatten, aber eine Eskalation verhindern wollten.

Auch wenn die Zukunft der OSZE fragil erscheint, ihre Arbeit ist notwendiger denn je. Ein Vorstoß der Ukraine, Russland aus der OSZE auszuschließen, ist abgewehrt. Helga Schmidt, OSZE-Generalsekretärin, sprach sich für den Verbleib Russlands aus und stellte mit einer freiwilligen Staatengruppe, darunter auch die Bundesrepublik, ein neues Programm auf die Beine. Seit dem 1. November 2022 unterstützt die OSZE die Ukraine weiter bei ihren Reformen und beim Wiederaufbau.

Ihre neue Rolle hat die OSZE damit noch nicht gefunden. Der Westen erinnert sich aber hoffentlich daran, dass sie es war, die einst für Vertrauen unter erbitterten Gegnern sorgte. Und dass es gerade jetzt an der Zeit ist, ihr **mehr Aufmerksamkeit, Geld und Expertise** zur Verfügung zu stellen.

Andrea Behm,

Juristin, MA Friedensforschung

ehemalige Beobachterin der OSZE Mission in der Ukraine

„Zeitenwende“ für die Friedensethik?

Steht Friedensethik vor einem Scherbenhaufen und muss revidiert werden, bedeutet der Ukrainekrieg also auch eine „Zeitenwende“ für die Friedensbewegung und ihre Grundsätze? Dies wird ja nicht nur hämisch oder wütend von Bellizisten in den Talkrunden und Medien gefordert, sondern auch durch den Schock des brutalen Krieges von verunsicherten friedensbewegten Menschen gefragt.

Immer wenn unpopuläre Maßnahme getroffen werden sollen, wird von „**Zeitenwende**“ gesprochen, weil diese Metapher offenbar als Generalbegründung alles legitimieren und nicht mehr hinterfragt werden soll. Eine **Scheinplausibilität** ermöglicht so die Akzeptanz auch ungewöhnlichen Vorgehens, denn es ist ja angeblich eine „Zeitenwende“. Der Vorwurf gegen die Friedensbewegung lautet, alle seien naiv, Traumtänzer, in einer Schönwetterethik befangen, der „Quatsch“ von Gewaltfreiheit sei widerlegt und die kirchliche Friedensethik sei „Ponyhof-Theologie“. Die FAZ schreibt: „Wir brauchen eine **Kriegsethik**“. Bedeutet das einen Rückfall der christlichen Kirchen vom ethischen Paradigma „**Gerechter Frieden**“ zu dem des „**Gerechten Kriegs**“, das schon seit Augustinus als Maxime Gültigkeit hatte, obwohl kein Krieg deshalb seither je gerecht war?

Das erweckt den Eindruck als ob die Friedensethiken in einer Zeit des Friedens und der Harmonie entstanden wären und deshalb Gewalt und Krieg ausgeblendet hätten. Aber der Ukrainekrieg ist ja **keine völlig neuartige Situation**, nicht

Wenn wir elementare Grundsätze nicht strikt beherzigen, ist die Folge, dass wir aus der **Spirale von Gewalt und Lüge** nie herauskommen. **Kant, Erasmus von Rotterdam, auch Gandhi und Bertha von Suttner und Bonhoeffer** sahen immer schon die Notwendigkeit, im äußersten Notfall dem Rad des Unrechts in die Speichen zu fallen. Aber einfach **nur mit Waffen werden wir dem nicht gerecht**, sonst kommen auch unsere Moral und die Menschenrechte unter diese Räder. Deshalb muss zurecht über konkrete Handlungsmöglichkeiten eines verantwortbaren Pazifismus gestritten werden und dabei sollte **niemand diffamiert** werden. Das wird dadurch besonders schwierig, weil wir in allen diesen Situationen in ein **Dilemma** geraten, das keine einfachen Antworten erlaubt. Jede Handlungsalternative birgt auch die **Möglichkeit schuldig zu werden**. Was nicht heißt, dass zwischen diesen Alternativen nicht rational abgewogen werden muss, um die Auswirkungen des jeweiligen Schadens zu minimieren. Dass dies nur durch Schätzung, Vermutung und Spekulation möglich ist, macht es nicht leichter. So ist es nicht verwunderlich, dass in den Kirchen oder im Ethikrat **unterschiedliche Positionen zu Waffenlieferungen** bezogen werden, aber nicht weil sich die ethischen Maximen geändert hätten, sondern weil eben die jeweilige Handlungsfolgenabschätzung unterschiedlich ausfällt.

Beim Vorrang für Gewaltfreiheit wird die sogenannte rechterhaltende oder **rechtwiederherstellende Gewalt** toleriert. Aber um **welches Recht** geht es dabei und **wer** soll es durch-

Wenn du Frieden willst, bereite den Frieden vor, nicht den Krieg !

einmal der erste Krieg im Nachkriegseuropa. All die anderen Kriege (Jugoslawien, Naher Osten, Irak, Syrien, Libyen, Jemen) sind nur anders wahrgenommen worden, obwohl die Bilder von Grosny, Aleppo, Falludscha oder Tripolis nicht weniger erschreckend waren, als jene in Mariupol oder Butsch.

Die **christliche Friedensethik** – katholisch wie evangelisch – war **nie rein pazifistisch**, auch bei der neuen Vision des „gerechten Friedens“ wurde nur der **Vorrang der Gewaltfreiheit** gefordert, der aber immer auch die Möglichkeit der „**ultima ratio**“ gewaltförmigen Handelns in Ausnahmesituationen toleriert. Die „**conditio humana**“ basiert nicht nur auf einer positiven Anthropologie, sondern bezieht immer schon die **Existenz des Negativen** in Form von Gewalt mit ein. Die ethische **Maxime für höchstmögliche Gewaltfreiheit** bestand und **besteht auch weiter**, da muss nichts revidiert werden, das Spannungsfeld zwischen absolutem Pazifismus und Verantwortungspazifismus besteht seit Kant. Schon bei der Nachrüstungdebatte in den 80er Jahren wurden sogenannte **Gesinnungspazifisten** gegen **Verantwortungspazifisten** ausgespielt – ein müßiger Begriffsstreit, weil es passive Pazifisten, die nur ihre Gesinnung pflegen und sich ins individualistische Schneckenhaus des Ohne-mich zurückziehen, eigentlich nie gab.

Es stimmt nämlich nicht, dass Jesus und Kant die **Folgen ethischen Handelns** ausgeblendet hatten. Im Gegenteil:

setzen? Der Westen, die NATO, die USA, als Weltpolizist? Ein sogenanntes „**westliches Wertesystem**“, im Namen dessen **immer wieder Kriegsverbrechen** begangen wurden, wo Menschen, die wie Assange oder Snowden dies öffentlich machen, verfolgt werden, unter dem Folter und rechtswidrige Gefangenschaft wie in Guantanamo geduldet wird, in dem der Internationale Gerichtshof nicht anerkannt wird, ein Wertesystem, unter dem genauso vor dem UN-Sicherheitsrat gelogen wird (Irakkrieg), völkerrechtswidriger Krieg geführt wird und Hinrichtungen mit Drohnen befohlen werden? Das ist es doch, was den **Westen so unglaublich** macht, diese **unterschiedlichen Standards** des Rechts bei sich selbst und beim sogenannten „bösen“ Gegner!

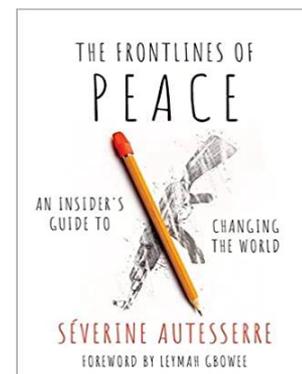
Wenn die **Eskalation eines Konflikts** in das Kriegsstadium getreten ist, also das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, wird der Friedensbewegung und der Friedensethik vorgeworfen, sie sei am Ende ihres Lateins. Natürlich ist es dann sehr schwierig, **gewaltfreie Lösungen** zu finden. Aber jeder Konflikt – auch im Fall der **Ukraine** - hat eine Vorgeschichte, deren Analyse zeigt, dass es **auf allen Eskalationsstufen** vielfältige Möglichkeiten gegeben hätte, **deeskalierend** zu wirken. Viel wichtiger als die ultima Ratio ist deshalb die „**prima Ratio**“ der **präventiven Konfliktbearbeitung**, hier können die meisten Konflikte gewaltfrei und erfolgreich ausgetragen werden. Dafür gibt es viele Beispiele.

Humanity First – Rethinking Security

Anforderungen an die Nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands

Impulse aus der MSC? Erhält die Praxis gemeinwesen-basierter Sicherheit Gehör?

Die Bundesregierung erarbeitet unter dem Eindruck des militärischen wie sozialen Scheiterns in Afghanistan, der Fragilität des aktuellen Klima- und Energieverhaltens in Wirtschaft und Gesellschaft, der Bedrohung eines ggf. atomaren Ukraine-Krieges eine Nationale Sicherheitsstrategie. Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern!“ hat für die MSC aus Kooperationen im Globalen Süden ein Side-Event vorbereitet, das gelingende Praxis dort für die Sicherheit Deutschlands nutzbar machen kann. Denn jenseits eines flachen politischen Manövers kann eine Sicherheitsstrategie ernsthaft nur gelingen, wenn sich das „Nationale“ in einer „Weltinnen-politik“ verorten lässt und wenn geklärt ist, **welche Sicherheit und welche Strategie?**



Wenn der eine nicht will, können zwei sich nicht streiten!

Der politisch-militärische Komplex nutzt die aktuelle Krisen- und Kriegslage als Gelegenheit, das Narrativ der scheinbaren Alternativlosigkeit von gewaltbasiertem militärischem Handeln in allem Denken zu verankern. Wer Alternativen erinnert oder zu entwickeln versucht wird diffamiert. Einer tötungsbasierten Sicherheitsstrategie setzen krisen- und gewalt-„erprobte“ Betroffene des Globalen Südens mutige zivilgesellschaftliche Konzepte und Aktionen entgegen. Eindimensionale, mechanistische, kriegerische Sicherheit gründet ihren Wirkungsanspruch in der Vernichtung des Gegners. **Zivilisierte, gemeinwesen-basierte Sicherheit** stützt sich auf die prozessorientierten, zukunftsartigen Grundlagen des (Interessens- und Opfer-) Ausgleichs, der Versöhnung, der Kooperation und der Resilienz ganzer Gesellschaften gegenüber Krisen, Anfeindungen, Manipulationen.

Deutschland unterstützt und arbeitet mit nicht unerheblichen Ressourcen seit dem Aufbruch in den grün-roten Nullerjahren aktiv mit dem Ansatz der zivilen Sicherheit. Der „Zivile Friedensdienst“, nationale Friedens- und Konfliktprogramme werden aber in aller Regel nur halbseiden umgesetzt. Die Erfahrungen dort spielen in den Überlegungen und der Durchdringung von komplexen Krisenszenarien (Afghanistan, Ukraine, Syrien, China) keine Rolle. Die real existierenden Alternativen in der Zivilgesellschaft vieler Länder bis hin zu UN-Programmen der „Human Security“ werden verdrängt oder gar nicht erst wahrgenommen.

Nicht nur das WAS getan wird, sondern v.a. das WIE es getan wird, ist bedeutsam.

Die Erfahrungen, die Praxis und Mechanismen, die die eingeladenen Protagonisten für die MSC vorbereitet haben, formulieren tatsächlich eine ungemütliche Herausforderung an die intellektuelle und konzeptionelle Integrität von MSC, Politik und berichtenden Medien. Wir sehen:

Nicht den Feind habt ihr zu bekämpfen, sondern den Irrtum, den euer Nächster begeht, wenn er so weit kommt, sich für euren Feind zu halten. (Ghandi)

(+) Gewaltfreie Aktion von zivilgesellschaftlichen Akteuren ist erfolgreich auch unter Situationen extremer Repression und Rechtlosigkeit. In der internationalen Politik und Diplomatie wird argumentiert, dass in lfd. Kriegen „mit dem Gebetbuch“ nichts erreicht werden könne. Doch zivilgesellschaftliche Konfliktreaktionen zeigen, dass es ausreichend Menschen gibt, die wissen, wie sie Gewalt deeskalieren und den Schutz der Bevölkerung schaffen.

(+) Frauen und Männer tragen je eigene Anteile bei. In vielen Fällen sind es Frauen die Impulse der Versöhnung und für ein Miteinander geben. Krieg, Gewalt, Vernichtung ist männlich. „Wir Frauen gefährden nicht das Ego des Soldaten oder Polizisten, wenn wir ihn auffordern, seine Waffe nicht einzusetzen.“

(+) Zivilgesellschaftliche engagierte Akteur*innen gehen „fair“ mit Menschen in (Macht-)Strukturen um. Niemand wird ausgegrenzt. Der entscheidende Unterschied zum ritualisierten Theater der Diplomatie liegt im Bewusstsein und der Praxis, dass kein Ergebnis inklusiv und nachhaltig sein kann, wenn der Prozess dahin nicht ebenfalls inklusiv ist. Nicht nur in der Ukraine gehört dann eben auch dazu, die jeweils geschichtlich entstandene Situation und ihre Bewertung durch die verschiedenen Akteure und Opfergruppen mit in den Friedensverhandlungen einzubeziehen.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung wurde von der MSC mitgeteilt, dass es dieses Jahr kein Side-Event von MSKv geben kann. Damit beraubt sie sich einer Profilierung in Zeiten, in denen Politiker*innen Regierungen in der Welt regelmäßig ermahnen, die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen. Offenbar aber nicht aus demokratischer Überzeugung: wieder mal Makulatur statt Zeitenwende.

Hubert HEINDL, Regensburg, ist Entwicklungssoziologe, Direktor *Friedensuniversität Afrika* und des gewaltfreien Programms *INOVAR* in Afrika, seit 2019 in MSKv

Aufruf zur Demonstration

anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2023

Wir von der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e. V. (MSKv) protestieren nicht *gegen* die Existenz einer Konferenz, die das Thema Sicherheit zum Inhalt hat. Wie unser Name besagt, setzen wir uns mit unserer Arbeit *für* eine Veränderung der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) ein, und zwar für ihren Wandel zu einer **Konferenz für Friedenspolitik!** Damit diese Vision Wirklichkeit werden kann, ist ein gesellschaftliches Umdenken über globale Sicherheit notwendig.

Als Projektgruppe MSKv befassen wir uns seit vielen Jahren mit den Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Münchner Sicherheitskonferenz. Uns fiel dabei eine Doppelgesichtigkeit auf: Einerseits bietet die MSC Chancen für Dialog und informellen Austausch, der die Grenzen von NATO und EU überschreitet, z.B. mit Iran, China und bis 2020 auch mit Russland. Andererseits ist die ehemalige Wehrkundetagung eine Plattform traditioneller Sicherheitspolitik und westlicher Dominanz, welche die Ideologie der Unverzichtbarkeit militärischer Gewalt festigt und fördert.

In diesem Jahr ist die MSC in zweifacher Weise besonders: Sie findet fast genau ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine statt. Und mit Botschafter Christoph Heusgen trägt ein neuer Leiter die Verantwortung. Wird der Austausch über Blockgrenzen hinweg weiterhin ein Markenzeichen der MSC bleiben? Oder versteht sich die MSC nur noch als Propagandaforum einer militaristischen „Zeitenwende“? Jedenfalls hat Heusgen zur MSC niemand aus der russischen Regierung, sondern Vertreter/innen der russischen Opposition eingeladen. Wir halten dies für einen Fehler, denn nur über Verhandlungen mit dem politischen Gegner ist ein nachhaltiger Friedensschluss möglich.

Kommt am Samstag, 18. Februar 2023 um 13 Uhr zum Stachus in München!

Geht mit uns auf die Straße gegen Krieg und militärische Aufrüstung, für weltweite soziale Gerechtigkeit, für den Ausbau der Instrumente ziviler Konflikttransformation und die Stärkung der Institutionen gemeinsamer Sicherheit wie OSZE und UNO, für Solidarität mit denen, die vor Krieg, Hunger und der Zerstörung ihrer Heimatländer fliehen, und für eine sozial-ökologische Transformation, um die Natur zu schützen und den Klimawandel zu stoppen! Dazu gehört für uns auch die Ausbildung von Friedensarbeiter/innen.

Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden. Wir treten ein für einen sofortigen Waffenstillstand und für Verhandlungen! Immer mehr westliche Waffenlieferungen beenden nicht den Krieg, ebenso wenig wie die Fortsetzung der Kriegshandlungen Russlands. Wir meinen: Europa muss Strategien entwickeln, um aus dem Krieg zurück in eine Friedensordnung zu finden.

Die jährliche Demonstration anlässlich der MSC bietet die Chance, öffentlich sichtbar zu

machen, wie viele Menschen sich eine friedliche, eine ökologisch verantwortliche und eine an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtete Politik wünschen und welche große Zahl an Initiativen und Organisationen sich das ganze Jahr über für dieses Ziel engagiert. Die zur Sicherheitskonferenz nach München angereisten Medien können dies als deutliches Friedenssignal der Zivilgesellschaft in Deutschland aufgreifen und weltweit verbreiten.

Deshalb unterstützt die Projektgruppe MSKv auch in diesem Jahr den Demo-Aufruf des „Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“, auch wenn wir nicht alle Formulierungen und Forderungen teilen.

Wir als Projektgruppe MSKv setzen auf Dialog, Austausch wie auch auf faire Auseinandersetzung mit den Vertreter/innen der MSC. Das bedeutet Respekt vor der Person des/der Anderen, das Hineinversetzen in deren Standpunkt, um ihre entsprechende Perspektive zu verstehen, ohne jedoch damit einverstanden sein zu müssen.

In diesem Sinn arbeiten wir seit unserem ersten Aufruf „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ von 2004 und unserer Vereinsgründung 2006. Mit dem MSC-Leiter Botschafter Wolfgang Ischinger und seinen Mitarbeitenden fanden von 2008 bis 2021 jährliche Treffen statt, wodurch eine Atmosphäre des gegenseitigen Interesses entstand. Auch mit dem neuen Konferenzleiter Botschafter Christoph Heusgen haben wir uns bereits im Frühjahr 2022 getroffen. Wir setzen mit den MSC-Verantwortlichen unseren kritischen Dialog und unsere punktuelle Zusammenarbeit bei einzelnen Veranstaltungen fort.

Unser Einfluss auf die Verantwortlichen der MSC hat folgende Erfolge erzielt:

- Wir sind seit 2009 mit einem und seit 2012 mit zwei Beobachter/innen auf der MSC vertreten – Dies wird auch 2023 wieder so sein.
- Seit 2015 bringen wir den Besucher/innen der MSC in Seitenveranstaltungen aktive, zivile Friedensarbeit durch Beispiele aus Krisengebieten nahe. – Leider 2023 nicht.
- Seit 2018 finden jährlich gemeinsame öffentliche Veranstaltungen von MSKv und MSC zu friedenspolitischen Themen statt. – Auch für 2023 wieder angedacht.
- Seit 2019 organisieren wir das Munich Peace Meeting, bei dem bundesweite Vertreter/innen aus Friedenswissenschaft, Friedensarbeit und Friedensbewegung mit Verantwortlichen der MSC in einen konstruktiven Dialog zum Thema Sicherheit und Frieden treten. – Das vierte Munich Peace Meeting fand im Oktober 2022 statt.

Mit unserer Teilnahme an der Demonstration wollen wir den Akzent auf kreativen und gewaltfreien Protest setzen. Wir werben für zivile Konflikttransformation und für eine Umwidmung der Rüstungsausgaben in eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik, wie sie von der Kampagne „Sicherheit neu denken“ beschrieben wird.

Dieser Text wurde vom Arbeitskreis der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. am 19.01.2023 beschlossen. Ebenfalls am 19.01.2023 beschlossen wurde die grundsätzliche Unterstützung des Demoaufrufs 2023 des „Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“.

Sicherheit neu denken – auch noch jetzt, nach einem Jahr Ukrainekrieg?

Können die Befürworter*Innen der bundesweiten Initiative „Sicherheit neu denken“ (SND) angesichts des Ukrainekriegs und der verbreiteten militärbejahenden Haltung in Politik, Medien und Zivilgesellschaft nun „einpacken“? Überall wird nur über Panzer und militärische Aktivitäten gesprochen, die notwendig seien, um die ukrainischen Menschen zu retten und eine für die Ukraine günstige Verhandlungsposition zu erzielen. Mit Pazifismus komme man angesichts der aggressiven russischen Militärmacht nicht weiter. Und habe nicht die militärische Zurückhaltung Deutschlands, der schlechte Zustand der Bundeswehr den Autokraten Putin geradezu ermutigt, die Ukraine anzugreifen und schlimmste Gräueltaten zuzulassen? Selbst bislang friedensbewegte Menschen werden von diesen Fragen mitunter so heftig beeindruckt, dass sie ihre pazifistische Haltung aufgeben.

Ich möchte hierzu zu bedenken geben:

1) Eine pazifistische Politik kann nicht versagt haben, weil es sie bislang mit Ausnahme des militärfreien Costa Ricas noch gar nicht gibt. Versagt hat einmal mehr der Versuch, mit einer militärischen und atomaren Abschreckung Kriege zu verhindern.

2) Die deutsche Politik der enormen Aufrüstung bedeutet die Intensivierung der schon bisher nicht zielführenden Strategie. Die damit verbundene Eskalationsgefahr zu einem Krieg zwischen Nato und Russland nähert sich jener der Kubakrise von 1962. Man überlässt es Putin zu entscheiden, ob die westlichen Waffenlieferungen und Ausbildungen ukrainischer Soldaten in westlichen Staaten einen Nato-Kriegseintritt bedeuten und ihn zu weiterer Eskalation berechtigen.

3) Dass die ukrainische Regierung, aber auch die Nato-Staaten nur die militärische Methode sehen und gleichzeitig die katastrophalen humanen, ökologischen und ökonomischen Kriegsfolgen in Kauf nehmen, ist nur dadurch zu erklären, dass ihnen die Möglichkeiten friedenslogischer Politik sowie ziviler Konfliktbe-



arbeitung entweder nicht bekannt sind oder dass ihnen die damit verbundenen Risiken schwerwiegender erscheinen als die des aktuellen Kriegs.

4) Im Dilemma zwischen dem Erhalt staatlicher Souveränität und dem Schutz menschlichen Lebens sollte letzterem der Vorrang gegeben werden. ¹⁾ Eine verlorengangene Souveränität kann nach Jahren zurückerlangt werden, die Gesundheit der Verstümmelten und das Leben von hundertenfach Getöteten nicht.

5) In der aktuellen Entwicklung gilt es friedenslogisch zu denken, d.h. alles zu tun, was zu einem baldigen Waffenstillstand führt. Hierzu bedarf es auch westlicherseits eines konkreten Verhandlungsangebots. Hatte die Nato-Osterweiterung erheblichen Anteil an der Vorgeschichte zum jetzigen Krieg, so könnte die Erklärung des Westens von einer Nato-Aufnahme der Ukraine abzusehen, Putin die notwendige Gesichtswahrung für ein seinerseitiges Einlenken ermöglichen.

6) Vermehrt wird in letzter Zeit gefragt, wie denn eine künftige Friedensordnung in Europa aussehen könnte. Hierzu bietet das Szenario SND konkrete Antworten: In der dritten von fünf Säulen wird eine partnerschaftliche und inklusive Sicherheitsarchitektur beschrieben. Dafür gilt es die alle Staaten Europas umfassende Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) aufzuwerten und auszubauen. Hierzu hat die SND-Fachgruppe zu Beginn des Jahres das Buch „Weltinnenpolitik und Internationale Polizei“ ²⁾ veröffentlicht, in dem die bislang unterfinanzierte OSZE als das Instrument einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik gesehen wird.

Fazit: Sicherheit muss dringendst neu gedacht werden – nämlich zivil.

¹⁾ Dies gebieten m.E. auch Art 1 und 2, wonach jeder Mensch eine Würde und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat. Siehe auch 1. Könige 3,16 ff.

²⁾ <https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/literatur-sprach-und-kulturwissenschaften/interdisziplinaere-geisteswissenschaft/57967/weltinnenpolitik-und-internationale-polizei>

Theodor Ziegler
Dr. phil. Theodor Ziegler ist Mitglied im
Koordinationskreis der Initiative Sicherheit neu denken.



Eine Initiative mit breiter Wirkung

Seit 2019 formiert sich auf der Basis des bis ins Jahr 2040 reichenden badischen Szenarios „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ eine bundesweite Initiative für eine nachhaltige Friedenspolitik mit inzwischen 50 deutschen und europäischen Trägerorganisationen. Darunter die DFG-VK, Fachstellen zahlreicher Landeskirchen, pax christi, die IPPNW. Sie fordern aktiv einen Paradigmenwechsel der deutschen und europäischen Politik in Richtung nachhaltiger Friedensgestaltung.

Bis Ende 2022 wurden bundesweit über 200 Multiplikator*innen ausgebildet, Akademien und regionale Netzwerke haben über 400 Veranstaltungen zu Sicherheit neu denken organisiert.

Mit der Münchner Sicherheitskonferenz befindet sich die Initiative ebenso in einem öffentlichen Dialog wie mit der Deutschen Hochschule der Polizei und weiteren Fachexpert*innen zum Auf- und Ausbau Internationaler Polizei wie dem UN-Department of Peace Operations in New York. Auch mit Vertreter*innen der Führungsakademie der Bundeswehr, des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr, Jugendoffizieren und des Bundeswehrverbandes führt die Initiative Gespräche.

Bei einer Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler wurde das Szenario ebenso vorgestellt wie in zahlreichen Gesprächen mit führenden Fachpolitiker*innen des Deutschen Bundestags. So erreichte die Initiative 2022 durch eine breite Kampagne, dass die Budgets für Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt 2023 aufgestockt statt wie geplant gekürzt werden.

Viele Prominente unterstützten die Initiative. So formuliert der ehemalige DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann:

„Was wir brauchen, ist ein grundlegendes Umdenken (...) ein erweitertes Sicherheitsverständnis (...), in dessen Mittelpunkt der sozial gerechte Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft steht, das auf soziale statt auf militärische Sicherheit setzt, das auf Konfliktvermeidung und Krisenprävention setzt, das (...) darauf abzielt, Fluchtursachen zu bekämpfen. Das bedeutet auch, dass wir ein Vielfaches der heutigen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe brauchen. Abrüsten statt Aufrüsten – daran führt kein Weg vorbei.“

Internationale Vernetzung

In den Niederlanden wird ein eigenes Szenario entwickelt. In Großbritannien wirkt „Rethinking Security“ vergleichbar aufklärend, auch in den USA gibt es ähnliche Aufbrüche.

In Österreich unterstützt ein breites Aktionsbündnisses für Frieden, Neutralität und Gewaltfreiheit Sicherheit neu denken. In Italien wird ein entsprechender Gesetzesvorschlag in zwei Kammern des Senats diskutiert und in der Schweiz sowie in afrikanischen Ländern formieren sich Initiativen zur Ausarbeitung von Szenarien zum Aufbau zivil-polizeilicher Sicherheitspolitik.

Imam Kobine und Kardinal Nzapalainga, die Vertreter der Muslime und Katholiken der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) sowie Marie-Noelle Koyara, Vorsitzende des Verbands Aktiver Gewaltfreiheit der ZAR und Verteidigungsministerin von 2015 bis 2021, bezeichnen sich als Vertreter*innen von Sicherheit neu denken in Afrika.

Peace for Future

peace4future.de bietet bundesweit Friedensmentor*innen-Ausbildungen für 18- bis 28jährige an und kommuniziert die Initiative auf Facebook, Instagram und Twitter.

Kampagne 2022-2025

Auf den Security Report der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 antwortete die Initiative mit einem Rethinking Security Report 2022. Auf den Krieg in der Ukraine reagierte die Initiative im März 2022 u.a. mit Impulsen für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins Krieg. Zudem bringt sich die Initiative aktiv in die Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie ein.

Bis 2025 soll dann ein erster politischer Beschluss in Deutschland für einen grundlegenden Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik erreicht sein.

Weitere Informationen:

www.sicherheitneudenken.de
www.peace4future.de

*Theodor Ziegler
Dr. phil. Theodor Ziegler ist Mitglied im
Koordinationskreis der Initiative Sicherheit neu denken*

DIE WAFFEN NIEDER! FRIEDENSLOGIK STATT KRIEGSLOGIK!



NatWiss
Verantwortung für Frieden
und Zukunftsfähigkeit e.V.



Aufruf gegen den Ukraine-Krieg und zu den Demonstrationen für Frieden und Abrüstung

NatWiss verurteilt den Angriff Russlands gegen die Ukraine, der nicht zu rechtfertigen ist und die Regeln des Völkerrechts verletzt, mit unabsehbaren Opfern und Schäden. Gleichzeitig vergessen wir nicht, dass im Vorfeld des Krieges Warnungen und Vorschläge ignoriert, Prinzipien von Kriegsvermeidung und Friedenssicherung missachtet wurden. Das Wissen über Kriegsursachen und Friedenslösungen muss genutzt werden, um die Kriegshandlungen zu beenden und weitere Eskalationsspiralen zu vermeiden. Daher demonstrieren wir für Frieden und gegen jeden Militarismus!

In diesem Krieg drohen alle zu verlieren, egal wer sich auf den Trümmern und Gräbern zum „Sieger“ erklärt. Hauptopfer sind die Menschen in der Ukraine, die Toten, Verwundeten und Flüchtenden. Die Folgen treffen auch die Bevölkerung Russlands und Menschen in der ganzen Welt. Es verliert das Völkerrecht, die europäische Friedensordnung und die Zivilgesellschaft. Die Schäden und Kosten des Krieges zerstören die Bedingungen für nachhaltigen Frieden und die Lösung globaler Probleme: Armut und Hunger, Vertreibung und Flucht, Umweltzerstörung und Klimawandel. Ein Atomkrieg wäre das Ende der Menschheit: No Future!

Opfer ist auch die Wahrheit. Kriegspropaganda dominiert auf allen Seiten. Die überhitzte Echokammer der Kriegsempörung löscht früheres Wissen, das für die Zukunft gebraucht wird. Kaum gefragt wird, wie es zur Katastrophe kam, wer über Jahrzehnte die Eskalationsspirale angetrieben hat. Ist es bloß der zum Dämon erklärte Putin oder auch die NATO, die nach dem Sieg im Kalten Krieg über alle Grenzen expandierte, bis zur Schwelle des Krieges? Wer Frieden mit Aufrüstung und Militärinterventionen untergraben und selbst das Völkerrecht gebrochen hat, ist ein schlechter Ratgeber für friedliche Lösungen. Getrieben durch die am Krieg verdienende Rüstungsindustrie drängen diese

Kräfte schon lange auf eine „Zeitenwende“ geopolitischer Machtkämpfe und eine weitere Aufrüstung der NATO, wodurch die Welt unsicherer wird. Mit Kriegsbeginn verdoppelte die Bundesregierung die in den letzten Jahren stark gestiegenen Militärausgaben und übertrifft nun alleine schon die Russlands vor dem Krieg. Rüstung mit noch mehr Rüstung zu bekämpfen ist sowenig zukunftsfähig wie dem Klimawandel mit Klimaanlagen zu begegnen.

Gegen das Vergessen ist es die Pflicht der Wissenschaft, das Wissen über Krieg und Frieden für die Beendigung des Ukraine-Krieges und die Verhinderung weiterer Kriege zu aktivieren:

1. Wir sagen Nein zu Wirtschaftskriegen, Waffenlieferungen oder Militäraktionen, die die Eskalationsspirale vor und in diesem Krieg angeheizt haben, und lehnen Sanktionen ab, die die Bevölkerung weltweit treffen.
2. Wir unterstützen humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Opfer von Gewalt, ebenso den Ausbau der Verbindungen zur Zivilgesellschaft und Friedensbewegung in Russland und der Ukraine, um Bewegungen zur Beendigung des Krieges zu mobilisieren.
3. Den Versuchen, einen totalen Krieg in allen Bereichen der Gesellschaft zu forcieren und autoritäre Strukturen von Militarismus, Kriegsgehorsam und Denkverboten zu unterstützen, stellen wir die Zivilgesellschaft und ihre zivilen Prinzipien für menschliches Zusammenleben und Konfliktlösung entgegen.
4. Auf die Anklagebank gehören die zum Krieg drängenden Kräfte, nicht die Friedenskräfte, die seit Bertha von Suttner „Die Waffen nieder!“ rufen und vor Krieg warnen, dringlicher denn je.
5. Die Kriegslogik gegeneinander muss ersetzt werden durch die Friedenslogik miteinander: Deeskalation, Diplomatie, sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, Rückzug der Waffen, Verhandlung und Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, Schutz und Stärkung des Völkerrechts, Schaffung einer europäischen und globalen Friedensarchitektur unter Einschluss Russlands und Chinas.
6. Statt einer Zeitenwende für Aufrüstung und Krieg braucht die Welt eine Zeitenwende für Abrüstung und Frieden, für gemeinsame Sicherheit im Haus Europa, für Nachhaltigkeit und die Lösung der globalen Probleme auf unserem Planeten.

Wir rufen auf, für diese Ziele gemeinsam zu demonstrieren.

Naturwissenschaftlerinnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss) / www.natwiss.de

Friedensplan für Europa – auch mit Russland

Geographie ist nicht veränderbar. Von den rund 17 Millionen Quadratkilometern Russlands - über 11 Zeitzonen hinweg - liegen rund 77% im asiatischen Teil des Landes östlich des Urals und rund 23 % im europäischen Teil westlich des Urals.

Von den rund 145 Millionen Menschen in Russland leben aktuell rund 85% im europäischen Teil der russischen Föderation, womit Russland das mit weitem Abstand – gefolgt von Deutschland - bevölkerungsreichste Land Europas ist.

Sowohl kulturell - Fjodor Dostojewski, Lew Tolstoi, das Bolschoi-Theater, Dmitri Schostakowitsch, Igor Strawinski, Sergei Prokofjew, Sergei Rachmaninow – als auch religiös - Russland ist mehrheitlich christlich - gehört Russland zu Europa.

Weder Napoleon noch Hitler konnten Russland erobern – in beiden Kriegen verloren unzählige Menschen in Russland ihr Leben. Die Aussöhnung Deutschlands mit Russland - auch z.B. über Städtepartnerschaften, akademische Austausch- und Kulturprogramme - steht noch aus.

Es wird eine Zeit nach Präsident Waldimir Putin – und dem mit ihm verbundenen System – geben, wo die aktuell wegen des Ukraine-Krieges aufgebrochenen Verwerfungen wieder überwunden werden können. Diese Zeit gilt es jetzt schon weitsichtig vorzudenken – und vorzubereiten.

Erinnerung an den Palme-Plan 1982

Wer heute nach einem mittel- und langfristigen Friedensplan für Europa – mit Russland – sucht, kann sich noch immer inspirieren lassen vom so genannten Palme-Plan von 1982, benannt nach dem ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme, der maßgeblich zur Überwindung des Ost-West-Konflikts und zur deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 beigetragen hat:

„Die Kosten und Gefahren des Rüstungswettlaufs, die Zunahme politischer Spannung und Instabilität, das Andauern konventioneller militärischer Konflikte, die steigende Gefahr eines nuklearen Krieges, die wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Belastungen durch Militärausgaben – all diese Probleme werden sich nicht lösen lassen, wenn die Nationen der Welt daran festhalten, auf gewohnten Wegen nach Sicherheit zu streben.

Solange sie hartnäckig versuchen, nationale Interessen einseitig zu schützen, und sich so verhalten, als ob sie ihre Sicherheit auf Kosten anderer gewinnen könnten, werden sie scheitern. Der ausgetretene Pfad des militärischen Wettstreits ist eine Sackgasse; er kann nicht zu Frieden und Sicherheit führen. (...)

Zu diesem Zweck fordern wir alle Nationen nachdrücklich auf, ihre Sicherheitspolitik neu zu überdenken. Wir hoffen, dass politische Führer und gewöhnliche Menschen in aller Welt wie wir zu der Erkenntnis kommen, dass Sicherheit nur miteinander, durch gemeinsame Zusammenarbeit erreicht werden kann.“¹⁾.

Ergebnisse der „Konferenz zur Zukunft Europas“:

Am 10. März 2021 unterzeichnete u.a. der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli die Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas.



Mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas

Abschlussbericht
Mai 2022

Alle Europäerinnen und Europäer sollten im Rahmen eines basisdemokratischen Ansatzes die Gelegenheit erhalten, ihre Zukunftserwartungen an die EU vorzutragen.

Am 9. Mai 2022 schloss die Konferenz nach monatelangen intensiven Beratungen ihre Arbeit ab.²⁾ Insgesamt 49 fundierte Zukunftsvorschläge beziehen sich auf die Themen Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Digitaler Wandel; Demokratie in Europa; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; Migration.

Die Umsetzung dieses Planes enthält zahlreich Impulse eines Friedensplanes für Europa – auch mit Russland, das allein schon wegen seines Beitrages zur Überwindung der Klimakatastrophe ein unverzichtbarer Teil von Europa bleiben wird.

¹⁾ https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nf_argumentationsbroschuere_frieden_2022.pdf

²⁾ <https://futureu.europa.eu/de/pages/reporting>

Clemens Ronnefeldt

Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Was uns die Medien vorenthalten

Als 92-jährige Pazifistin verurteile auch ich die „militärische Operation“ Putins in der Ukraine. Da ist nichts schönzureden! Doch vielleicht zu erklären, um zu verstehen? Ohne damit einverstanden sein zu müssen!

Wie fast alle Staatenlenker der Welt, so wird auch der russische Präsident von der Kriegslogik geleitet und reagiert auf Gewalt mit Gegengewalt! Denn – und das verschweigen die Medien bei den täglichen Berichten über den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ - Putins Intervention ist eine Reaktion auf den 8-jährigen Krieg der ukrainischen Armee gegen ihre russischsprachigen Landsleute im Donbass mit 14000 Toten (laut OSZE 81% auf russ. Seite). Unerwähnt bleibt meist auch die russische Argumentation, dass die Donbassrepubliken von Russland völkerrechtlich anerkannt und mit ihnen Beistandsabkommen abgeschlossen wurden, auf welcher Basis Russland dann das Recht auf „kollektive Selbstverteidigung“ (UN Charta Art.51) in Anspruch nahm.

Hatte Putin doch auch eindeutig gewarnt, falls die Dauerbombardements auf die Ostukraine nicht aufhörten, würde er „*angemessene militärisch-technische Vergeltungsmaßnahmen ergreifen*“! Überrascht dürfte also das westliche politische Establishment kaum gewesen sein, umso weniger als die Implementierung des **völkerrechtlich verbindlichen** Minsk II Abkommens schon preisgegeben worden war, während Putin noch an die diplomatische Lösung glaubte; was vom Westen als Zeitgewinn für die Aufrüstung der Ukraine genutzt wurde. Auch von Angela Merkel weiß man aus einem *ZEIT-Gespräch*, dass sie das Abkommen als „Versuch (sah), der Ukraine Zeit zu geben“. (Das haben auch Poroschenko und Hollande bestätigt.)

NATO-Stützpunkte rund um Russland hatte es schon lange hingenommen, nun aber war die NATO – entgegen hohler Versprechungen - bis an die Grenze Russlands vorgerückt. Der Forderung Russlands 2021 nach einem Abkommen mit den USA, bei „*Meinungsverschiedenheiten durch einen konstruktiven Dialog auf Grundlage gegenseitiger Achtung und Anerkennung der Sicherheitsinteressen angemessene Antworten auf Sicherheitsherausforderungen und Bedrohung zu entwickeln*“, kamen die USA nicht nach. Was Putin offensichtlich dann nicht mehr hinnehmen wollte, waren die Bemühungen der Ukraine um eine Mitgliedschaft in der NATO sowie die Drohung, den Atomwaffenverzicht aufzuheben!

Auf dem Hintergrund dieser Vorgeschichte lässt sich schließen, dass der Westen nicht nur mit einem Angriff der Russen rechnete, man hatte ihn auch mitprovoziert! Der Krieg war „gewollt und vorbereitet“ (Jürgen Rose vom Darmstädter Signal), um Russland aufzureiben. Wie es sogar u.a. die RAND Corporation verrät, haben die

USA die Schwächung Russlands seit Gründung der NATO 1949 zum Ziel. Als deren Aufmarschgebiet soll die Ukraine dienen.

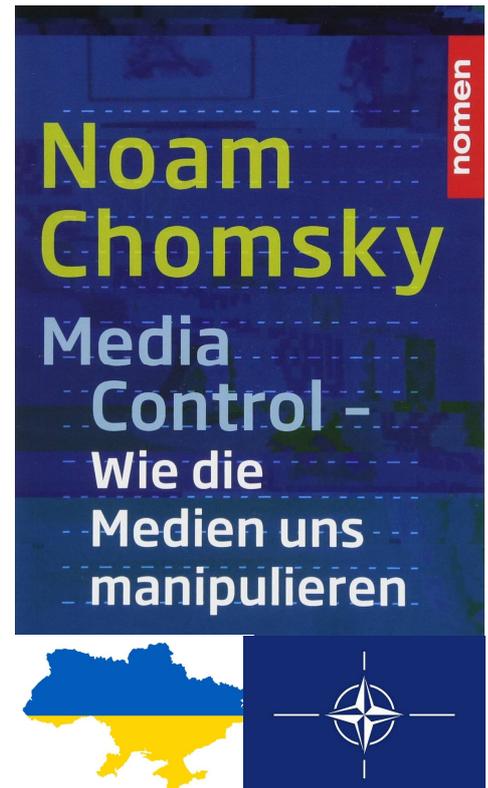
Wenn nun von „Zeitenwende“ die Rede sein soll, so hat sie nicht am 24. 2. 2022 stattgefunden, sondern im November 2013 mit der Weigerung Janukowytschs, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, was die

Maidan-Demonstration auslöste. Eine willkommene Gelegenheit für die USA, ihr erprobtes Potenzial für einen Regime Change zu mobilisieren! Von John McCain zum Sturz der Regierung ermuntert, von der Vize-Außenministerin Victoria Nuland orchestriert, von amerikanischen Milliardären finanziert, dazu von der faschistischen OUN befeuert, endete die Demonstration tatsächlich mit dem Sturz Janukowytschs und einem von den USA dirigierten „Kiewer Oligarchen-Regime“. Dieses wurde von der mehrheitlich russischen Bevölkerung der Ostukraine nicht anerkannt, was Kiew zu dem o. e. Krieg veranlasste. Einer der vielen von den USA begonnenen oder unterstützten illegalen Kriege! In Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien...! Wer spricht *da* von Völkerrechtsbruch?

All diese Fakten, von vielen amerikanischen politischen Insidern zur Sprache gebracht, blieben in den meisten Medien in Amerika und Europa unerwähnt! Warum wohl?

Es wäre eine vornehme Aufgabe der MSC, eine Vermittlerrolle einzunehmen und auf *die* amerikanischen Stimmen zu hören, die Verständnis für die vitalen Sicherheitsinteressen Russlands zeigen und wie z. B. George Kennan, ehemaliger US-Botschafter in Russland, zu bekennen, dass „*die NATO-Osterweiterung der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Nachkriegszeit war*“!

Wie wäre es mit einem konstruktiven Dialog mit Vladimir Putin bei der MSC, Herr Heusgen?



*„Es ist ein Fehler, sich auf die Seite einer der kriegführenden Armeen zu stellen.
Es ist notwendig, sich auf die Seite des Friedens und der Gerechtigkeit zu schlagen.
Selbstverteidigung kann und sollte mit gewaltfreien und unbewaffneten Methoden erfolgen.
Jede brutale Regierung ist illegitim, und nichts rechtfertigt die Unterdrückung von Menschen und das Blutvergießen für die illusorischen Ziele der totalen Kontrolle oder der Eroberung von Territorien.“*

Auszug aus der Erklärung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung vom 21.9.22



Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.



Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog.

Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstalter*Innen, Förder*Innen und Teilnehmer*Innen der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising sowie die Arbeitsstelle Kokon der Evang.—Luth. Kirche in Bayern. Wir arbeiten bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung, dem Kulturreferat der Stadt München und dem Katholischen Fonds zusammen. Wir arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit und kooperieren mit der Hochschule für Philosophie München, dem forum-ZFD, APTE u.a. Wir unterstützen die Kampagne "Sicherheit neu denken" und den Aufruf zur Anti-Siko-Demo 2023.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.

Spenden: Wir brauchen die Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit, also von Ihnen. Das kann durch ideelle (Mitarbeit) und durch **finanzielle Förderung** geschehen: **Ihre Spende an uns** ist steuerlich absetzbar.

Rückmeldung: Wir freuen uns über Ihre Meinung durch Rückäußerungen, auch in kritischer Form!

Termine

- Internationale Münchner Friedenskonferenz**
www.friedenskonferenz.info
Zivilgesellschaft und vermeintliche „Zeitenwende“
Freitag, 17.02.2023, 19:00–22:00 Uhr
Altes Rathaus, Marienplatz
- Samstag, 18.02.2023, 10:00 –12:00 Uhr
Hochschule für Philosophie, Kaulbachstr. 31-33
Workshop „Soziale Verteidigung“
- Samstag, 18.02.2023, 19:00 –21:30 Uhr
Hochschule für Philosophie
Kriegsinteressen -Afghanistan/Ukraine
- Samstag, 18.02.2023, 13 Uhr, Stachus-Karlsplatz
Anti-Siko-Bündnis, Protest gegen die
Münchner Sicherheitskonferenz www.antisiko.de
- Sonntag, 19.2.23, 11 Uhr, EineWeltHaus
Pnk-Rock-Lyrik-Lesung „Make Punk NOT War“!
Schwanthalerstr. 80
- Sonntag, 19.2.23, 15:00 –16:30 Uhr
Petra-Kelly-Stiftung, Presseclub München
Marienplatz 22
„Nach der Konferenz“ - Eine Nachbetrachtung
www.petrakellystiftung.de
- Sonntag, 19.2.23, 18 Uhr
Friedensgebet der Religionen
Nazarethkirche, Barbarossastr. 3
- Beten für den Frieden** während der Sicherheitskonferenz v. 17.2.–19.2.23 www.erzbistum-muenchen.de/cms-media/media-57934820.pdf

Impressum: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Mechthild Schreiber, Anja Ufermann

Die Artikel bringen jeweils die persönliche Meinung der Autorin/des Autors zum Ausdruck.

Schubaurstr. 10 b, 81245 München, Telefon 089/88952871, Email: vorstand@mskveraendern.de, www.mskveraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24.1.2023

ViSdP Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München, IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMXXX

Druck: Druckwerk GmbH, München, 100% Recyclingpapier, FSC-Siegel, klimaneutral